

Auch Vorreiter sollten dazulernen

Die direkte Demokratie hat in Europa insbesondere aufgrund von Krisen der repräsentativen Demokratie Konjunktur. Davon kann auch Liechtenstein profitieren. Denn ein Blick von aussen kann Entwicklungspotenziale im Land aufzeigen.

Von Richard Brunhart

Gamprin. – Das Liechtenstein-Institut ist mit anderen Forschungseinrichtungen in Europa vernetzt, unter anderem in der Forschung zur direkten Demokratie. Gestern informierte Wilfried Marxer, Direktor und Leiter des Bereichs Politikwissenschaft am Liechtenstein-Institut, gemeinsam mit drei Kollegen, die Medien über diese Forschungstätigkeit.

Probleme direktdemokratisch lösen
Zoltán Pállinger, Professorleiter in Budapest, führte aus, dass die direkte Demokratie in den letzten Jahrzehnten einen Aufschwung erlebt hat. Auf der einen Seite hänge dieser mit dem Umbruch in Osteuropa zusammen, dem Wunsch, die politischen Systeme stärker zu legitimieren. Auf der anderen Seite komme es in etablierten Demokratien zu Krisenerscheinungen der repräsentativen Demokratie. Auch in diesem Fall sei es eine Krise der Legitimation, darüber hinaus aber auch der Leistungs- und Steuerungsfähigkeit der Staaten.

Nachdem sich die Forscher auf die lokale direkte Demokratie sowie direkte Demokratie und Minderheiten konzentriert hatten, soll sich deshalb ein nächster Schwerpunkt diesen Krisenerscheinungen widmen. Insbesondere erschütterten die Finanzkrise und die Probleme, die durch die Globalisierung entstanden sind, die Grundfesten der Staaten und stellten alte Modelle in Frage. «Direktdemokratische Verfahren werden als probates Mittel angesehen, um die Schwächen der repräsentativen Demokratie ein wenig zu beheben», sagte Pállinger.

ger. In welchen Strukturen die direkte Demokratie zur Lösung beitragen kann, soll deshalb weiter erforscht werden.

Lerneffekte für beide Seiten

Wie Bruno Kaufmann vom Initiative and Referendum Institute Europe ausführte, sind die Erfahrungen, die Liechtenstein und die Schweiz mit der direkten Demokratie gemacht haben, sehr wichtig. Denn diese beiden Länder seien aufgrund der langjährigen Praxis einer der Referenzpunkte für Europa. Wilfried Marxer ergänzte, dass Liechtenstein in manchen Bereichen weiter ist als die Schweiz, insbesondere da auch Initiativen auf Gesetzesebene und nicht nur Verfassungsebene möglich sind und zudem das Referendum gegen Finanzbeschlüsse ergriffen werden kann.

Doch wenn man an einem solchen Ort lebe, bestehe die Gefahr, aus dem Blick zu verlieren, was ausserhalb passiert, erklärte Bruno Kaufmann. Was sich in Europa entwickelt habe und sich durch die Einführung eines europäischen Bürgerinitiativrechts im kommenden Jahr äussere, sei aber sehr spannend. Beispielsweise werde daran gearbeitet, die Möglichkeit der elektronischen Unterschriftensammlung zu schaffen. Dies sollte insbesondere weniger finanzkräftigen Personen und Gruppen ermöglichen, aktiv am politischen Prozess teilzunehmen. Auch Wilfried Marxer ist überzeugt, dass diese im Ausland entwickelten Instrumente für Länder mit langjähriger Erfahrung bedenkenswert sind.

Keine Diktatur der Mehrheit

Aufgrund der Entscheidung des Schweizer Stimmvolks bei der Minarett-Initiative müsse sich die Schweiz fragen, ob sie die beste Lösung gefunden hat, so Marxer. Direktdemokratischen Elementen wird auch mit Skepsis begegnet. Insbesondere in Deutschland würden diese kritisch betrachtet. Aufgrund seiner Geschichte werde die Gefahr einer Diktatur der Mehrheit betont. «Es ist wichtig,



Forschungsergebnisse austauschen: Bruno Kaufmann, Wilfried Marxer, Theo Schiller und Zoltán Pállinger. Bild Elma Korac

dass es auch Sicherheitsmechanismen in direktdemokratischen Prozessen gibt», so Marxer. In Liechtenstein beispielsweise werde deshalb eine Initiative auf Verfassungsmässigkeit und Konformität mit dem Völkerrecht geprüft, bevor Unterschriften gesammelt werden dürfen. Wenn Minderheitenrechte beschnitten würden, könnte auch das Sanktionsrecht des Fürsten einen Vorteil bieten. Im Nachhinein könnte zudem das Verfassungsgericht einen Volksentscheid ausser Kraft setzen.

Wie Theo Schiller von der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung in Marburg erklärte, sind Minderheiten in Deutschland durch die Grundrechte gut geschützt. Eine Entscheidung wie in der Schweiz bezüglich Minarett-Initiative könnte in Deutschland laut Schiller deshalb gar nicht getroffen

werden. «Gerade in diesem Punkt müssten wir in Deutschland eigentlich nicht besorgt sein», so Schiller.

Auch Parlament kann irrational sein
Fürchten müsse man sich auch nicht vor unmündigen Bürgern, die schlechte Entscheidungen treffen, sind die vier Forscher überzeugt. Wilfried Marxer hielt fest, dass die rein repräsentativ-demokratischen Systeme nicht davor gefeit sind, eine irrationale Entscheidung zu treffen. «Den heutigen Schlamassel – Wirtschaftskrise, Finanzkrise Eurokrise und so weiter – haben sie völlig ohne direkte Demokratie hingekriegt», sagte Marxer.

Bruno Kaufmann ergänzte, dass ein Bürger, wenn er bei Sachfragen überfordert ist, auch bei der Wahl des Parlaments kaum in der Lage sein wird, weise zu entscheiden. Theo Schiller

erklärte, dass Interessierte zudem bei Sachthemen auf eine höheren Informationsstand gelangen als bei Wahlkämpfen, die immer stärker an den Personen verankert werden. «Über Sachthemen entscheiden zu können, ist auch ein Angebot für einen Lernprozess und trägt zu mehr Mündigkeit bei», sagte Schiller.

Befragung nach jeder Abstimmung

Um mehr über die Prozesse in Liechtenstein zu erfahren, wünscht sich Wilfried Marxer, in Zukunft nach jeder Abstimmung eine Befragung durchzuführen. In der Schweiz gebe es bereits eine langjährige Datenreihe. Diese ermögliche nicht nur eine Analyse über die Einstellung zu einem Sachthema, sondern gebe auch Aufschluss über die Entwicklung der politischen Einstellungen.